



Dr. Nina Neubecker, Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

FÜNF FRAGEN AN NINA NEUBECKER

»Hohe Wanderungsströme aus osteuropäischen EU-Ländern«

1. Frau Neubecker, Sie haben die Migration in der EU untersucht. Welche Länder haben den größten Zuzug und welche die größte Abwanderung zu verzeichnen? Den harmonisierten Bruttozuwanderungszahlen von Eurostat zufolge hatte Deutschland für das Jahr 2011 innerhalb der EU in absoluten Zahlen den größten Zuzug von EU-Ausländern zu verzeichnen. Nummer zwei war das vereinigte Königreich, gefolgt von Frankreich, Spanien und Italien. Die Abwanderungszahlen sind noch eingeschränkter verfügbar als die Zuwanderungszahlen und mit größeren Unsicherheiten behaftet. Die Bestandsdaten der europäischen Arbeitskräfteerhebung legen nahe, dass die größte Abwanderung innerhalb der EU aus den osteuropäischen Mitgliedstaaten erfolgte.
2. Wie viele Menschen sind in den letzten Jahren nach Deutschland gezogen und aus welchen Ländern stammen sie? Den Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge sind im Zeitraum 2007 bis 2012 etwa 2,6 Millionen ausländische Staatsangehörige aus der EU-27 nach Deutschland zugezogen, davon etwa 2,4 Millionen Personen im erwerbsfähigen Alter. Die Hälfte dieser Zuwanderer hatte die Staatsangehörigkeit eines osteuropäischen Landes, das im Jahr 2004 der EU beigetreten ist. Hauptsendeland war hier Polen. Etwa ein Viertel der Zuwanderer kam aus Rumänien oder Bulgarien und etwa 14 Prozent aus den so genannten Krisenländern wie Griechenland, Irland, Italien, Portugal oder Spanien, wobei das Hauptsendeland hier Italien war. Die restlichen 12 Prozent der Zuwanderer hatten die Staatsangehörigkeit eines sonstigen EU-Mitgliedslandes.
3. Wo liegen die Ursachen für die Migration innerhalb der EU? Die hohen Wanderungsströme aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsländern sind vermutlich insbesondere auf die hohen Einkommensunterschiede zwischen den osteuropäischen und den westeuropäischen EU-Ländern in Verbindung mit den veränderten Zuwanderungsbestimmungen zurückzuführen. Gleichzeitig beobachten wir aber auch gestiegene Wanderungen aus den GIIPS-

Krisenländern, wenngleich das Niveau der Zuzüge hier deutlich geringer ist als bei den Osteuropäern. Diese Wanderungen sind wohl auf die krisenbedingten hohen Arbeitslosigkeitsunterschiede zurückzuführen.

4. Welche Faktoren behindern die Mobilität und wirken sozusagen als Migrationsbarriere? Einer Eurobarometerumfrage aus dem Jahr 2009 zufolge sind fehlende Sprachkenntnisse die häufigste praktische Schwierigkeit im Zusammenhang mit einer Arbeitsaufnahme im Ausland. Diese Schwierigkeit wurde von 52 Prozent der Befragten genannt. Neben Sprache und Kultur gibt es laut der Eurobarometerumfrage noch drei weitere große Barrieren. Dies sind zum einen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Arbeitsaufnahme im Ausland. Das betrifft das Problem, einen Arbeitsplatz zu finden oder auch die Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Ein weiteres Feld sind administrative Hürden, zum Beispiel Verwaltungsformalitäten oder Probleme bei der Übertragung von Rentenansprüchen. Ein weiteres Problem ist die Wohnungssuche.
5. Wie ließen sich diese Barrieren abbauen? Vor dem Hintergrund der großen Arbeitsmarktungleichgewichte in der EU während der Krise und der eher geringen Mobilitätsreaktion hierauf scheint es sinnvoll, die Mobilitätsbarrieren innerhalb der EU weiter abzubauen. Zum Beispiel wäre es möglich, im Bereich Sprache und Kultur anzusetzen. Denkbar wäre eine Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts oder auch eine stärkere Förderung des kulturellen Austauschs bereits in jungen Jahren. Was die Probleme der Arbeitsaufnahme im EU-Ausland anbelangt, ist es denkbar, dass die Sichtbarkeit des europäischen Jobnetzwerkes EURES verbessert wird, oder dass eine Beschleunigung der Verfahren zur Bewertung ausländischer Qualifikationen angestrebt wird. Deutlich aufwändiger wäre es, bei der Unterschiedlichkeit der Berufsbildungssysteme und der berufsspezifischen Regulierungen anzusetzen, denn hier wäre ein Koordinationswille auf EU-Ebene erforderlich.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke
Prof. Dr. Christian von Hirschhausen

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 – 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.